

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



VENEZUELA:

INMITTEN DER PROTESTE GERATEN DIE MENSCHENRECHTE IN GEFAHR

(Die Gewalt stellt ernste Bedrohung für die Rechtsstaatlichkeit dar)



Auf dem Platz Altamira treffen Demonstranten auf die Nationalpolizei Venezuelas, Caracas, 10. März 2014, (copyright: Manure Quintero). Weitere Bilder verfügbar im spanischen Original unter: <http://www.amnesty.org/en/library/info/AMR53/009/2014/es>

Übersetzt und herausgegeben von:

Amnesty International Venezuela-Koordinationsgruppe, München, April 2014

(verbindlich ist das spanische Original: *Venezuela – Los Derechos Humanos en Riesgo en Medio de Protestas*. AI-Index: AMR 53/009/2014, März 2014)

Wir bitten, sich im Internet an der öffentlichen Petition zu den Vorgängen zu beteiligen:

<http://campaigns.amnesty.org/es/campaigns/protests-in-venezuela>

INHALT

| | |
|--|----|
| 1. EINLEITUNG | 1 |
| 2. CHRONOLOGIE DER PROTESTE | 3 |
| GEWALT WÄHREND DER PROTESTE GEGEN UND FÜR DIE REGIERUNG | 3 |
| ANTWORT DER BEHÖRDEN AUF DIE PROTESTE | 5 |
| 3. MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DEN PROTESTEN | 6 |
| ANWENDUNG UNANGEMESSENER GEWALT WÄHREND DER PROTESTE | 6 |
| VERHAFTUNG VON DEMONSTRANTEN UND ANSPRUCH AUF RECHTSSCHUTZ | 9 |
| FOLTER UND ANDERE GRAUSAME, UNMENSCHLICHE ODER ERNIEDRIGENDE BEHANDLUNG | 10 |
| ÜBERFÄLLE AUF JOURNALISTEN UND KOMMUNIKATIONSMEDIEN | 15 |
| FESTNAHME VON OPPOSITIONSFÜHRERN | 16 |
| 4. SCHLUSSFOGERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN | 17 |
| ANMERKUNGEN | 20 |

„Es muss Recht geschehen. Dass der ganze Hass, den es in diesem Lande gibt, beendet werde. Das Wichtige ist, dass Gerechtigkeit geschehe (...) und der Frieden, der Frieden für dieses Land ...“

Worte des Vaters von Geraldín Moreno, Studentin (23) aus Valencia, aus dem Bundesstaat Carabobo, die am 22. Februar starb, nachdem ihr am 19. Februar ins Auge geschossen worden war.

1. EINLEITUNG

Seit Februar 2014 ereigneten sich in Venezuela in verschiedenen Teilen des Landes beunruhigende Massendemonstrationen, gegen und für die Regierung. Es ist nicht das erste Mal, dass die Bevölkerung auf die Straßen ging, um ihre Unzufriedenheit oder Unterstützung gegenüber dem politisch-wirtschaftlichen Modell zu zeigen, das Präsident Hugo Chávez Frías nach seiner 1999 mehrheitlich gewonnenen Wahl einführte und das von dem aktuellen Präsidenten Nicolás Maduro Moros nach seiner Wahl im April 2013 weitergeführt wurde.

Die Demonstrationen, die am 4. Februar 2014 begannen und die bis zum 27. März einen Saldo von mindestens 37 Toten und mehr als 550 Verwundeten¹ ergaben, sind das letzte Beispiel für die wachsende Polarisierung, die das Land seit einer Dekade geißelt. Während dieser letzten Welle der sozialen Unzufriedenheit führten die gewaltsamen Zusammenstöße während der Proteste sowie das Verhalten der Ordnungskräfte zu möglichen Menschenrechtsverletzungen, einschließlich Tötungen, willkürlichen Verhaftungen, Folter und anderen grausamen, inhumanen und erniedrigenden Handlungen. Dieses wurde selbst seitens des Staates zugegeben. Wenn nach Einschätzung von Amnesty International (AI) nicht alle politischen Führer der Regierung wie auch der Opposition eine klare Anerkennung der Menschenrechte und des Rechtsstaats zeigen, in Worten wie in Taten, könnte die augenblickliche Situation zu einer Krise der Menschenrechte werden.

Nach Amnesty Internationals Meinung wäre die schwierige Lage in der sich das Land befindet zu vermeiden gewesen, wenn die Regierung der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte Priorität eingeräumt hätte; wenn die Institutionen zur Erhaltung des Rechtsstaats gestärkt worden wären und der hohe Stand der Kriminalität bekämpft worden wäre, wie auch die Vermehrung von Waffen und Munition in den Händen der Bevölkerung.²

1999, als eine die Menschenrechte garantierende Verfassung entstand, schienen die politischen Kräfte zunächst die verfassungsmäßigen Prinzipien, die ihre Unverletzbarkeit schützten, zu begünstigen, während sich gleichzeitig Anstrengungen entwickelten, um die Rechte der am wenigsten geschützten Bevölkerung zu wahren. Jedoch verdunkelte eine wachsende politisch-soziale Polarisierung, erschwert durch den fehlgeschlagenen Staatsstreich im Jahr 2002 gegen den damaligen Präsident Hugo Chávez, nicht nur die Achtsamkeit für den Schutz der Menschenrechte aller Personen, sondern überdeckte auch die beträchtliche Schwächung der Institutionen zur Aufrechterhaltung des Rechtsstaats, wodurch ein Umfeld des Misstrauens entstand, das die politische Krise verstärkte.

Obwohl der Staat während der letzten Dekade Maßnahmen ergriffen hat, um den Schutz einiger sozialer Rechte zu stärken, insbesondere was den Zugang zu Gesundheitsdiensten und Bildung anbetrifft, welches den bisher am wenigsten Begünstigten Nutzen brachte, so stellt doch die aktuelle wirtschaftliche Situation, mit einer Inflationsrate von 50% und einer Knappheit an Grundprodukten und -diensten, diese Fortschritte in Frage.

Die Antwort der Behörden auf die Proteste und die Gewalt der Monate Februar und März, teils durch bewaffnete Pro-Regierungs-Gruppen³ wie auch durch einige Demonstranten, zeigt, dass noch viel zu tun bleibt, bis sichergestellt ist, dass in Venezuela alle in Würde leben können und ihre Rechte ausüben können. In diesen Augenblicken der wachsenden Konfrontation ist es zwingend, dass die Bevölkerung die nötige Freiheit zum Austausch verschiedener Gesichtspunkte hat und eine offene Debatte führen kann, um zu entscheiden, welchen Weg das Land einschlagen soll. Gleichzeitig und in Hinblick auf diese Welle der Demonstrationen müssen die Bedingungen garantiert werden, damit sich ein konstruktiver und wahrhaftiger Dialog entwickeln kann, der dem Respekt der Menschenrechte aller Personen, unabhängig ihrer politischen Ideologien Priorität einräumt.

Bei der Dokumentation für diesen Bericht konnte AI die Schwierigkeiten darlegen, die Verantwortungen im Kontext der politischen und sozialen Polarisierung, die das Land durchlebt, zu identifizieren. AI führte Unterredungen mit Organisationen und Anwälten für Menschenrechte, traf sich mit Personen, die die angeblich gegen sie oder ihre Familien begangene Verletzungen und Missbräuche zur Anzeige brachten und nahm Berichte von Zeugen auf: Tonaufnahmen, Beweise von Anzeigen und diverse audiovisuelle Aufzeichnungen. Bei einigen dieser berichteten Fälle wollten die Personen mit denen die Organisation sprach ihre Anzeigen oder ihre Version der Dinge nicht veröffentlichen, aus Angst vor möglichen Repressalien.

Um diesen Bericht zu erstellen, traf sich AI mit der Generalstaatsanwältin und mit der Ombudsfrau für Menschenrechte am 14. März 2014. Beide berichteten, dass sie schwere Anklagen über Menschenrechtsverletzungen erhalten hatten, die von Angehörigen der Ordnungskräfte begangen worden waren, aber auch über Anwendungen von Gewalt durch einige Demonstranten während der Proteste und Straßenblockaden. AI erhielt die Genehmigung der Generalstaatsanwältin, alle empfangenen Anzeigen zu untersuchen und wurde informiert, dass in einigen der untersuchten Fälle man bereits einige Funktionäre der Ordnungskräfte festgenommen oder die Festnahme angeordnet hatte wegen ihrer vermutlichen Beteiligung an den Taten.

Der Bericht schließt mit einer Reihe Empfehlungen an die venezolanische Regierung, die nach Meinung der Organisation sofort umgesetzt werden sollten. Ganz besonders wichtig ist die Sicherstellung der Durchführung von unparteiischen und unabhängigen Ermittlungen einer jeden Anklage über Menschenrechtsverletzungen, die während dieser Krise geschehen sind. Die Täter müssen vor Gericht gestellt werden und den Opfern und ihren Familien müssen Entschädigungen gewährt werden. Die Organisation ruft die Führer der Opposition auf, eine eindeutige und überzeugende Botschaft an ihre Sympathisanten zu senden, ihr Recht auf freie Meinungsäußerung, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit friedlich auszuüben.

Ebenso bittet AI die internationale Gemeinschaft, Lösungen für die Menschenrechte zu begünstigen und den Dialog über die Suche nach Lösungen zu fördern gegenüber dieser Welle von Gewalt, die dieses Land zerstört.

Nach Meinung der Organisation muss die Antwort auf diese Krise der Respekt der Menschenrechte von allen für alle sein, unabhängig von ihren politischen Überzeugungen, sowie die Stärkung des Rechtsstaats.

2. CHRONOLOGIE DER PROTESTE

Am vergangenen 4. Februar organisierten Universitätsstudenten einen Protest in San Cristóbal, Bundesstaat Táchira im Westen des Landes, indem sie bessere Sicherheitsbedingungen forderten, nachdem es zu mehreren Klagen über Diebstähle auf dem Unicampus gekommen war und dem Versuch einer Vergewaltigung einer Studentin auf dem Campus der *Universidad de los Andes* in Táchira. Während der Proteste wurden fünf Personen festgenommen und gewalttätiger Handlungen beschuldigt, einschließlich einer Attacke auf die Residenz des Gouverneurs des Staates Táchira.⁴

Tage nach dem 12. Februar, am Tag der Jugend in Venezuela, wurde in verschiedenen Teilen des Landes protestiert, für und gegen die Regierung von Präsident Nicolás Maduro. Am gleichen Tag demonstrierten Studenten, denen sich verschiedene Parteien der Opposition angeschlossen hatten, indem sie die Freilassung der festgenommenen Studenten forderten und gegen die Unsicherheit, die wirtschaftliche Krise und die Knappheit der Grundprodukte protestierten.⁵

In der Hauptstadt Caracas kulminierte der Protest der Studenten am 12. Februar vor der Staatsanwaltschaft, wo sie eine Petition zur Befreiung der in Táchira festgenommenen Studenten präsentieren wollten. Gegenüberstellungen zwischen Studenten, Ordnungskräften und einer bewaffneten Pro-Regierungs-Gruppe resultierten in Dutzenden von Festgenommenen und mehreren Verwundeten, einschließlich Beamter der Staatsanwaltschaft. Im Zusammenhang mit diesem Protest in der Hauptstadt verloren außerdem zwei Personen ihr Leben, nachdem auf sie geschossen worden war, ein Jugendlicher, der gegen die Regierung protestiert hatte und ein Mann, der sich in Richtung eines Protestes für die Regierung bewegte.⁶ Am gleichen Tag starb in der Gemeinde Chacao im Osten von Caracas nachts ein Universitätsstudent während eines Aufeinandertreffens zwischen Gegnern und Anhängern der Regierung, wie es scheint, an einem Kopfschuss.

Bis zum Schluss der Redaktion dieses Berichts geschahen weitere Demonstrationen und Straßenblockaden durch regierungskritische Bürger, die nun die Abdankung des Präsidenten Nicolás Maduro forderten, in verschiedenen Teilen des Landes, einschließlich der Gemeinden Baruta, El Hatillo, Sucre und Chacao in Caracas, in einigen Orten des Bundesstaates Táchira, wo die Proteste mehr allgemein sind und in den Bundesstaaten Mérida, Carabobo, Aragua, Lara, Barinas, Miranda, Zulia, Yaracuy.

Weiterhin werden Proteste zur Unterstützung der Regierung abgehalten, wie auch Aktionen von bewaffneten regierungstreuen Gruppen, die die Proteste und Straßenblockaden der Oppositionellen aufhalten wollen.

GEWALT WÄHREND DER PROTESTE GEGEN UND FÜR DIE REGIERUNG

Es wird berichtet, dass zwischen dem 5. Februar und 12. März mindestens neun Personen, einschließlich eines Angehörigen der Nationalgarde, bei Unfällen starben, als sie über Barrikaden gehen oder sie entfernen wollten. Mindestens sechs weitere Personen, darunter Demonstranten gegen und für die Regierung sowie ein anderer Angehöriger der Nationalgarde, starben während der Proteste aufgrund von Schüssen von nicht identifizierten Personen oder von Angehörigen bewaffneter Pro-Regierungs-Gruppen, ohne dass die Ordnungskräfte mäßigend eingriffen. Im Folgenden befinden sich Beispiele über einige dieser Fälle, die der Organisation berichtet wurden.

Die 22-jährige **Génesis Carmona**, Studentin für Marketing, wurde am 18. Februar in Valencia, Bundesstaat Carabobo, in den Kopf geschossen, als eine bewaffnete regierungstreue Gruppe auf Motorrädern dem Vernehmen nach auf Demonstranten schoss. Génesis Carmona starb am folgenden Tag.

Am 28. Februar verstarb der Nationalgardist **Giovanny José Pantoja** in Valencia, Bundesstaat Carabobo, und ein weiterer Funktionär wurde verletzt, nachdem auf beide geschossen worden war. Die Tat geschah, als der Funktionär an einem Einsatz teilnahm, der eine Protestgruppe auflösen wollte, die den Zugang zu Hauptstraßen blockierte. Informationen zufolge hatten unidentifizierte Personen auf die Angehörigen der Nationalgarde geschossen. Ein anderer Funktionär erlitt Schusswunden in beiden Beinen. Am 6. März starb während eines anderen Zwischenfalls in der Gemeinde Sucre im Bundesstaat Miranda der Angehörige der Nationalgarde **Acner Isaac López** durch Schüsse, sowie auch der Mototaxist **José Gregorio Amaris**, als, Berichten zufolge, eine Gruppe von bewaffneten Regierungsanhängern auf Motorrädern versuchte, eine von Demonstrierenden der Opposition errichtete Straßensperre zu beseitigen.⁷

Nur drei Tage später, am Abend des 9. März, starb **Giselle Rubilar Figueroa** durch Schüsse, als sie Schutt von einer Straßenbarrikade nahe ihrem Haus in Mérida entfernte. Am nächsten Tag erhielt der Student **Daniel Tinoco** einen tödlichen Schuss in die Brust in San Cristóbal im Bundesstaat Táchira. Laut offiziellen Berichten befand er sich zusammen mit anderen Studenten, als sie von bewaffneten Regierungstreuen auf Motorrädern angegriffen wurden. Zwei weitere Protestierende wurden ebenfalls durch Schüsse verletzt.⁸

Am 21. Februar starb **Elvis Rafael Durán de la Rosa** in Sucre im Bundesstaat Miranda, als er auf seinem Motorrad fahrend versuchte, eine von Oppositionellen errichtete Barrikade zu überwinden und von einem Metalldraht überrascht wurde, den er nicht rechtzeitig sehen konnte.

Amnesty International hat wiederholt die venezolanischen Behörden aufgefordert, eine vollständige und einigende öffentliche Politik mit allen Instanzen aufzunehmen, um die Zirkulierung und die Wirkung der im Land benutzten Waffen und Munition zu kontrollieren. Die Nationalen Bolivarianischen Streitkräfte haben das Monopol auf den Import, die Produktion, die Verteilung und den Verkauf von Waffen und Munition. Außerdem sind sie die einzige Kontrollinstanz derselben. Diese Kontrollpolitik muss sich sofort auf die strikte Markierung aller Munition festlegen und auf die Führung von Registern, die zeigen, wohin sie geliefert und wofür sie gebraucht wurden. Wenn dieses nicht geschieht, wird die hohe Anzahl der im Lande zirkulierenden illegalen Waffen, von denen viele sich im Besitz regierungstreuer Gruppen befinden, weiterhin Leben kosten.

Ebenso macht der unentschuld bare Verlust an Menschenleben der letzten Wochen es dringend notwendig, dass die Behörden beginnen, die bewaffneten regierungstreuen Gruppen zu entwaffnen und sicherzustellen, dass sie sich vor der Justiz verantworten. Bisher hat AI keine Kenntnis erhalten, dass Personen dieser Gruppen festgenommen wurden oder dass gegen sie ermittelt wurde wegen ihrer Verantwortung für die während der Proteste stattgefundenen Menschenrechtsverletzungen – einschließlich des Rechts auf Leben und körperliche Unversehrtheit.

ANTWORT DER BEHÖRDEN AUF DIE PROTESTE

Nach den Ereignissen des 12. Februars erließen sowohl der Präsident wie auch die Oppositionsführer einen Aufruf zur Abkehr von Gewalt. Der Präsident wandte sich ebenfalls gegen die Haltung bewaffneter regierungstreuer Gruppen, die Gewalt gegen Demonstranten angewendet hatten und deutete an, dass er handeln würde, um zu garantieren, dass sie vor Gericht gestellt und entwaffnet würden.

Jedoch wurden diese Versprechen nicht in die Praxis umgesetzt. Die Generalstaatsanwältin gab am 28. Februar an, dass keine Menschenrechtsverletzungen von Seiten der Ordnungskräfte toleriert werden würden.⁹ Außerdem rief die Regierung zu einem Dialog auf und bildete eine Friedenskonferenz, die am 26. Februar initiiert wurde, die aber nicht unter Teilnahme aller Sektoren der Opposition stattfindet.

Nach Meinung von AI müssen die Regierungsbehörden, wenn sie denn konsequent mit dem Versprechen sein wollen, einen konstruktiven Dialog mit allen jenen durchzuführen, die unzufrieden mit der Staatsführung sind und, um zu Antworten und Lösungen der aktuellen Situation wachsender Polarisierung und Gewalt zu kommen, vorher die Versprechen der Gewaltablehnung einlösen. Es müssen Garantien gegeben werden, damit dieser Dialog nicht in einem Klima von Diskriminierung aber mit absolutem Respekt für die Menschenrechte abgehalten werden kann. Einschließlich des Rechts auf freie Meinungsäußerung und des Rechts auf Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit.

Große Sorge veranlassten die Worte von Präsident Nicolás Maduro und des Präsidenten der Nationalversammlung, Diosdado Cabello, die am 5. März die Bevölkerung aufforderten, dass sie die Regierung unterstützen sollten, indem sie auf die Straße gingen um die Proteste und Barrikaden der Oppositionsgruppen aufzuhalten.¹⁰

Besorgniserregend waren auch die gewaltsamen Aktionen während der Proteste und Straßenblockaden von Seiten bewaffneter Pro-Regierungs-Gruppen wie auch von Seiten einiger Demonstranten.

AI vernahm mit Wohlwollen, dass gemäß der von der Generalstaatsanwältin am 14. März gegebenen Information, die Staatsanwaltschaft 42 Anzeigen über Menschenrechtsverletzungen untersucht und dass man außerdem eine kostenlose Telefonlinie eingerichtet hatte, um die während dieser Krise erhobenen Anzeigen zu verfolgen.¹¹ Die Generalstaatsanwältin gab auch bekannt, dass 15 Funktionäre verschiedener Sicherheitskräfte festgenommen worden waren, weil sie angeblich in Menschenrechtsverletzungen verwickelt waren, darunter acht Beamte der Ordnungskräfte und des Geheimdienstes (*Servicio Bolivariano de Inteligencia Nacional - SEBIN*), die mit der Tötung von Juan Montoya und Bassil Dacosta am 12. Februar angeklagt sind (wie später in diesem Bericht dokumentiert).¹²

Außerdem wurde der ehemalige Leiter von SEBIN des Amtes enthoben, während zwei Funktionäre der Polizei der Gemeinde Chacao in Caracas auch festgenommen wurden, wegen ihrer angeblichen Verwicklung in die Tötung einer Funktionärin des SEBIN, Glidis Karelis Chacón, am 7. März.¹³

3. MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DEN PROTESTEN

Der traurige Saldo seit dem Beginn der Proteste am 5. Februar bis zum 27. März beträgt mindestens 37 tote Personen, dazu gehören Demonstranten für und gegen die Regierung, Personen außerhalb der Proteste und 8 Angehörige der Nationalgarde. Laut Informationen der Staatsanwaltschaft registrierten sich 550 Personen als Verwundete, von denen 180 Beamte der Polizei und des Militärs waren.¹⁴ Außerdem waren nach Informationen von lokalen Menschenrechtsorganisationen mehr als 120 der Verwundeten durch Feuerwaffen oder durch Gummigeschosse verletzt worden.

Laut Aussagen der Staatsanwaltschaft wurden bis zum 12. März mehr als 2.100 Personen festgenommen, von denen noch 168 in Haft sind. Die Mehrzahl der Verhafteten wurde freigelassen, jedoch mit noch anhängigen Ermittlungen der Justiz, während 66 Personen ohne Bedingungen freigelassen wurden.¹⁵

Zwischen dem 12. Februar und 12. März erhielt AI Anzeigen über Menschenrechtsverletzungen. Darunter: Fälle von übermäßiger Gewaltanwendung seitens der Bolivarianischen Nationalgarde (GNB), anderer Ordnungskräfte und des Geheimdienstes (SEBIN) sowie auch Fälle von Folter und anderer grausamer, unmenschlicher und entwürdigender Behandlungen gegen festgenommene Demonstranten, sowohl im Moment der Festnahme, wie auch während sie sich in Gewahrsam der Sicherheitskräfte befanden, insbesondere in Polizeigewahrsam und in einigen Fällen in Militärcasernen der Nationalgarde. Viele der Festgenommenen klagten auch die Verletzung ihres Rechtes auf Rechtsschutz an, weil ihnen der Zugang zu einem Anwalt verwehrt worden war.

Die Organisation erhielt auch Klagen von Menschenrechtsverteidigern, Journalisten und Kommunikationsmedien mit sowohl kritischen wie auch regierungsnahen Tendenzen, die bedrängt und attackiert worden waren.

Mit Besorgnis erhielt AI Berichte über Menschenrechtsmissbräuche, die angeblich von bewaffneten regierungsfreundlichen Gruppen begangen worden waren, die oft gegen die Demonstranten vorgingen, ohne dass die Ordnungskräfte intervenierten, um das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit zu schützen.

Desgleichen erhielt die Organisation Berichte über Menschenrechtsmissbräuche, die vermutlich durch einige Oppositionsgruppen gegenüber der Regierungspolitik verursacht worden waren. Diese hatten Gewalt angewendet während der Proteste oder während der Blockade der öffentlichen Straßen, sowohl gegen Funktionäre der öffentlichen Ordnung als auch gegen Personen, die nicht an den Protesten beteiligt waren.

Im Folgenden befindet sich eine Zusammenfassung der Anzeigen über Menschenrechtsverletzungen und Missbräuche, die Amnesty International zwischen dem 12. Februar und dem 12. März erhielt.

ANWENDUNG UNANGEMESSENER GEWALT WÄHREND DER PROTESTE

Während des Verlaufs der vier Wochen andauernden Proteste erhielt AI besorgniserregende Berichte über unverhältnismäßige Gewaltanwendung durch die Ordnungskräfte, inklusive Angehörige der Bolivarianischen Sicherheitspolizei (SEBIN), der Polizei und der bolivarianischen Nationalgarde (GNB).

Unter den erhaltenen Berichten befinden sich Fälle über die Anwendung von Feuerwaffen gegen Demonstranten und gegen Wohngebäude in Wohngebieten, wo Proteste und „Cacerolazos“¹⁶ durchgeführt wurden oder wo die Nachbarn Straßenblockaden durchführten. Nach Meinung von AI verletzt diese Anwendung tödlicher Gewalt die internationalen Standards, die besagen, dass bei der Zerstreung von Protesten die für die Erfüllung der Gesetze zuständigen Beamten Feuerwaffen nur einsetzen können, wenn der Einsatz weniger gefährlicher Maßnahmen nicht möglich ist und nur und allein in der mindest notwendigen Form, wenn es strikt unvermeidbar ist, um ein Leben zu schützen. Wenn der Einsatz von tödlichen Waffen notwendig ist, müssen nach den internationalen Standards die für die Durchsetzung des Rechts zuständigen Beamten sich als solche identifizieren und eine klare Warnung über die geplante Anwendung von Feuerwaffen geben, mit genügend Zeit zur Verständigung.¹⁷

Auch erhielt AI Informationen über den Einsatz von Gummischrotgeschossen, die zur Auflösung der Demonstrationen eingesetzt wurden und die direkt auf die Körper der Demonstranten aus kurzer Distanz gerichtet waren, in einigen Fällen ohne klare Vorwarnung. Dieses führte zumindest in einem Fall zum Tod.

In einigen Fällen begab sich Personal der Nationalgarde in die Wohngebiete, wo die Bewohner Barrikaden errichtet hatten und begannen diese zu entfernen, wobei sie Schrotkugeln, Tränengas und Wasserwerfer zum Einsatz brachten, ohne die Demonstranten vorzuwarnen oder ihnen Gelegenheit zum Verlassen der Gegend zu geben.

„Weniger tödliche“ Projektile oder Plastikkugeln dürfen nur angewendet werden, wenn es strikt notwendig ist um Leben zu schützen, zur Selbstverteidigung oder um schwere Verwundungen zu vermeiden. Diese Waffen dürfen nur angewendet werden, um unnötige Risiken und Gefahren zu verringern und andere minder extreme Methoden sich als ungenügend zur Erreichung dieses Zieles erweisen, und wenn sie ausreichend präzise sind, um nicht ungerechtfertigte Wunden zu verursachen.¹⁸

Wie AI erfuhr, setzten die Ordnungskräfte mit dem Ziel der Auflösung von Demonstrationen und zur Verhinderung des Barrikadenbaus sowie als Strafe für diese Aktionen Tränengas in exzessiver und undiskriminierender Art ein, wobei sie dieses gelegentlich direkt gegen die Körper der Demonstranten richteten. Ebenfalls kam es zum Einsatz von Tränengas in geschlossenen Räumen und Wohngebieten. Diese Praxis widerspricht klar den internationalen Standards, die verfügen, dass bei dem Gebrauch von Gewalt die Staaten diese mäßig und proportional zur Schwere des Deliktes und mit Verfolgung eines legitimen Ziels ausüben sollten, mit einem Minimum an Schaden und Verwundungen.¹⁹ Aufgrund ihrer Möglichkeit, Schmerzen, Unwohlsein, Krankheit oder Tod zu verursachen, muss die Anwendung von nicht tödlichen jedoch unfähig machenden Waffen wie Tränengas mit aller Vorsicht abgewogen werden, um das Risiko für Personen außerhalb des Geschehens zu minimieren. Insbesondere muss der Einsatz von giftigen und Reize verursachenden chemischen Substanzen verboten werden, die das Risiko erhöhen, unnötige Schäden oder unerwünschte Verwundungen und den Tod von Personen zu verursachen, wie zum Beispiel durch den Schuss einer metallischen Kartusche des Reizproduktes direkt gegen eine Person.

So standen beispielsweise während einer Studentendemonstration am 12. März in der Zentraluniversität von Venezuela (UCV) die Studenten, die die Demission der Ombudsfrau für Menschenrechte Gabriela Ramírez forderten, der Nationalgarde und der Nationalpolizei gegenüber, die hauptsächlich Tränengasbomben zur Zerstreung der Demonstration

einsetzen. Als Saldo des Geschehens wurden die Reste von ungefähr 840 dieser Gasbomben eingesammelt, 25 Personen zeigten Anzeichen von Ersticken, von denen 15 eine medizinische Behandlung im Hospital der Zentraluniversität benötigten.²⁰

AI sieht mit Besorgnis die Anwendung von giftigen Chemieprodukten in sehr hohen Konzentrationen und die unterschiedslose Anwendung von Reizmitteln. Diese können bereits Schäden und schwere Verwundungen in größeren Räumen verursachen. Es muss jedoch verhindert werden, diese chemischen Produkte in der Nähe von Personen oder in geschlossenen Bereichen einzusetzen, wo die Ausgänge und Belüftungsmöglichkeiten begrenzt sind, so wie auch der Einsatz der Reizmittel in der Nähe älterer Personen, von Kindern oder anderen Personen, die Schwierigkeiten haben könnten, sich von diesen Plätzen zu entfernen und den schädlichen Effekten der giftigen Chemieprodukte zu entkommen.

BASSIL DACOSTA FRÍAS

Der 23-jährige Bassil Dacosta Frías starb am 12. Februar in Caracas nach Beteiligung an einer Demonstration. Am vorherigen Tag hatte er auf seine Facebook Seite geschrieben: „dieser hier wird morgen marschieren, furchtlos“.²¹

Laut Aussage seiner Angehörigen, schrien und warfen die Demonstranten Steine gegen die Sicherheitskräfte nach Beendigung der Demonstration am 12.2. Als Antwort schossen Beamte des SEBIN wie auch Bewaffnete in Zivil auf die Demonstranten, indem sie kurze und lange Waffen anwendeten. Bassil Dacosta wurde in den Kopf geschossen.

Die Geschehnisse wurden AI von Bassils Cousin erzählt: „Ich lief runter, kreuzte die Straße und als ich dort ankam höre ich: ‚es gibt einen Verwundeten, es gibt einen Verwundeten!‘ Als ich sah, war es mein Cousin. Dasselbst ergriff und trug ich ihn, aber ich sah sofort, dass der Schuss im Kopf war, denn er verlor Blut in Strömen. Und dann nahm ich ihn auf ‚Lasst uns ihn tragen!‘ und ich trug ihn mit anderen Freunden, und einer der Kerle die ihn hielten sagte mir, ‚nein, er ist schon tot ...‘ und ich ‚er ist nicht tot, lasst uns weitermachen, lasst ihn uns weitertragen‘ ... ich wusste in meinem Innersten, dass mein Cousin tot war, aber ich wollte ihn nicht an diesem Ort lassen. Meine Hoffnung war, dass er leben würde, denn er atmete noch, selbst als er im Hospital ankam, atmete er noch.“

Bassil wurde von der Polizei in ein nahe gelegenes Krankenhaus gebracht, wo er bald darauf verstarb. Bis zum jetzigen Datum wurden Angehörige der Ordnungskräfte und vom SEBIN wegen des Todes des Jugendlichen angeklagt.²²

JUAN MONTOYA

Laut Informationen der Presse starb am 12. Februar in Caracas der Koordinator des Revolutionssekretariats von Venezuela, welches „Volkskollektive“²³ in Gran Caracas und Vargas vereinigt, nachdem er einen Schuss in das Gesicht erhalten hatte, als er sich anschickte einen offiziell anberaumten Aufmarsch zu unterstützen.

Gegen acht Beamte der Ordnungskräfte und des Geheimdienstes (SEBIN) wird wegen seines Todes ermittelt.²⁴

GERALDÍN MORENO

„Es muss Recht geschehen. Dass der ganze Hass, den es in diesem Lande gibt, beendet werde. Das Wichtige ist, dass Gerechtigkeit geschehe (...) und der Frieden, der Frieden für dieses Land ...“

Worte des Vaters von Geraldín Moreno.

Geraldín Moreno, eine Studentin (23) aus Valencia im Bundesstaat Carabobo, starb am 22. Februar, nachdem ihr am 19. Februar während eines Protestes ins Auge geschossen worden war. Geraldín Moreno war an diesem Tag um 7:30 abends ausgegangen, um an einer Demonstration teilzunehmen.

Laut den Aussagen ihrer Verwandten und der Erzählung von Zeugen, die während des Protestes anwesend waren, schossen Angehörige der Nationalgarde von Motorrädern aus auf die Demonstranten mit Gummigeschossen. Die Plastikgeschosse trafen Geraldín ins Gehirn, indem sie durch ein Auge eintraten. Andere Demonstranten trugen sie in ein Hospital, allerdings konnten die chirurgischen Eingriffe nicht ihr Leben retten.

Eine Verwandte von Geraldín berichtete Amnesty International: “Die sie verletzenden Gardisten, die schossen, machten ... pam, pam, pam, sie machten sich zusammen davon. Ihnen [den Gardisten] war es egal, ob die Verletzte zu einer Klinik gebracht werden konnte. Sie gruppierten sich und hauten ab. Die Schrotkugeln aus Plastik sind zum Versprengen. Menschen werden verletzt aber sie sind nicht wirklich tödlich, denn offensichtlich zerstreuen sich [die Schrotkugeln]. Aber die Gardisten hätten wissen müssen, dass das Mädchen versorgt werden musste.“

Die Staatsanwaltschaft informierte Amnesty International, dass sie eine Untersuchung des Falls angeordnet hat.

MOISÉS GUANCHEZ

Laut Zeugnis seiner Mutter an PROVEA, einer lokalen Menschenrechtsorganisation, wurde Moises Guanchez (19) am 5. März von Nationalgardisten geprügelt und durch Schrotgeschosse verwundet, als er von den Gardisten festgenommen wurde. Er verließ gerade seine Arbeitsstätte im *Centro Comercial La Casacada* in der Gemeinde Carrizal im Bundesstaat Miranda. In der Umgebung des Centro Comercial hatte es Aufeinandertreffen von Nationalgardisten und Demonstranten gegeben, welche Barrikaden aufbauten.

VERHAFTUNG VON DEMONSTRANTEN UND ANSPRUCH AUF RECHTSSCHUTZ²⁵

Laut den durch die Staatsanwaltschaft bis zum 27. März veröffentlichten Daten sind 2.158 Personen verhaftet worden. Davon wurden Dutzende festgenommen, ohne Festnahmebefehl und ohne dass sie gerade eine Straftat begingen (*in flagranti*). Die erhaltene Information besagt, dass viele Personen nicht während der Proteste festgenommen wurden, sondern als sie sich vom Ort entfernten oder in angrenzenden Zonen befanden. Bei einigen Aktionen der Polizei zeigte sich, dass die Verhaftung stattfand, weil die Beamten annahmen, dass die Straftaten begangen werden würden, und dass die Verhafteten nachträglich der Taten beschuldigt wurden und nicht, wie es das Gesetz vorschreibt, weil sie beim Begehen der Straftat ertappt worden waren.

Gleichermaßen wurden in Gebieten, wo Straßenblockaden errichtet worden waren, Wohnungen ohne richterliche Verfügung eingeebnet um Verhaftungen durchzuführen.

Laut den Angaben von AI befragten Menschenrechtsanwälten, hatten einige der Verhafteten während der 48 Stunden vor ihrem Haftrichtertermin weder Zugang zu einem Anwalt noch zu ihren Verwandten, auch in Fällen, bei denen es sich um Minderjährige handelte. Die Angehörigen waren weder formal über die Festnahme benachrichtigt worden, noch gab es eine öffentliche Information über festgenommene Personen oder den Haftort, so dass die Verwandten und Anwälte an unterschiedlichen Orten nach den Verhafteten suchen mussten.

Auch wurden die Verhafteten oder ihre Anwälte nicht über den Grund der Verhaftung informiert. Als die Anwälte sich zu den Haftorten begaben, die Gefangenen sehen wollten und um Zugang zu den Polizeiakten baten, um die Gründe für die Festnahme zu erfahren, wurde ihnen dieser Zugang verwehrt, indem „höhere Befehle“ angedeutet wurden. Ihre Anwälte konnten nur die Motive und Umstände der Verhaftung wenige Minuten vor dem ersten Haftrichtertermin erfahren.

Amnesty International findet es alarmierend, dass anscheinend das Recht der Verhafteten verletzt wurde, sofortige Information über die Gründe ihrer Verhaftung zu erhalten, um ihnen zu erlauben die Rechtmäßigkeit derselben anzufechten und ihre Verteidigung vorzubereiten.²⁶ Es verursacht auch Besorgnis, dass den Festgenommenen ein Rechtsschutz ihrer Wahl sowie Zeit und Mittel zur Kommunikation mit einem Anwalt verweigert wurden.²⁷ Wie das Komitee für Menschenrechte und der UN-Sonderberichterstatter über Folter festgestellt haben, ist der sofortige und mehrmalige Zugang zu einem Anwalt ein wichtiger Schutz gegen Folter und Misshandlungen und gegen unter Zwang erfolgte Geständnisse und andere Missbräuche.²⁸

Wenn auch die größte Anzahl der Verhafteten bis jetzt bedingungslos freigelassen worden ist, sind gegen sie noch Klagen anhängig, die in einigen Fällen das Delikt der Vereinigung zur Begehung von Strafen beinhalten, das nach dem Gesetz gegen organisiertes Verbrechen und gegen die Finanzierung des Terrorismus Gefängnisstrafen von sechs bis zehn Jahren vorsieht.

Es besorgt die Organisation auch, dass Anwälten von Menschenrechtsorganisationen der Zugang zu den Verhafteten verwehrt wurde.²⁹

Die Regierung muss sich der Kommentare über die Schuld oder Unschuld von Verhafteten enthalten und zulassen, dass die Gerichtsbarkeit ohne Druck durch die Exekutive ihren Lauf nimmt. So wurde zum Beispiel **Luis Matheus Chirinos** (20) am 21. Februar festgenommen, wegen angeblichen Transports explosiven Materials und von Molotowbomben, welches er leugnet. Am Tag seiner Verhaftung informierte der Präsident der Nationalversammlung die Medien über seine Festnahme und informierte die Bevölkerung, dass das angeblich von ihm transportierte Material zur Terrorisierung des Volkes benutzt werden sollte.³⁰

FOLTER UND ANDERE GRAUSAME, UNMENSCHLICHE ODER ERNIEDRIGENDE BEHANDLUNG

Amnesty International hat zahlreiche Klagen über Folter und andere grausame, unmenschliche und entwürdigende Behandlungen der Festgenommenen von Seiten der Beamten der Ordnungskräfte erhalten, ebenso im Moment der Festnahme wie auch während des Transports zu den Haftzentren. Das Motiv für die grausame und unmenschliche

Behandlung der Festgenommenen schien ihre Bestrafung wegen ihrer Teilnahme – oder angenommenen Teilnahme – an den Protesten zu sein.

Unter den eingereichten Klagen gibt es Fälle von Schlägen durch Beamte der Ordnungskräfte mit Fäusten, Fußtritten und passenden Objekten wie Helmen, auch wenn die Person sich bereits eingeengt und während der Festnahme auf dem Boden befand.

Auch wurden Anzeigen von Festgenommenen erstattet, die man gezwungen hatte, auf Knien oder stehend für lange Stunden in den Haftzentren zu verbleiben, sowie über sexuelle Missbräuche oder Bedrohungen von jungen Festgenommenen. Unter den erhaltenen Klagen befinden sich auch Todesdrohungen, inklusive ein Fall, bei dem ein Junge mit Benzin übergossen wurde.

Die Festgenommenen wurden beim Eintritt in das Haftzentrum nicht medizinisch untersucht und in einigen Fällen hatten sie bis zur Hafttrichtervorführung keine medizinische Hilfe erhalten, obwohl sie Verletzungen von Gummischrotgeschossen vorgezeigt hatten. Das Recht jeder verhafteten Person, im Notfall durch einen Arzt untersucht zu werden, ist eines der Schutzmechanismen gegen Folter und Misshandlungen, wie auch eine wesentliche Pflicht der Behörden, den Respekt für die Menschenwürde zu garantieren.³¹

DANIEL QUINTERO

Der Student Daniel Quintero (21) nahm am 21. Februar in Maracaibo im Bundesstat Zulia an einer Demonstration gegen die Regierung teil. Daniel erzählte Amnesty International, wie er an drei unterschiedlichen Orten Folter und grausamer Behandlung unterzogen wurde, nachdem er auf dem Nachhauseweg von Beamten der Nationalgarde festgenommen worden war.

Als die Gardisten ihn ergriffen, „empfang ich zuerst Schläge ins Gesicht, Rippenschläge und Klappse auf in die Stirn. Ich sagte ihnen, dass sie mich lassen sollten und sie beleidigten mich: Halt's Maul Verfluchter, halt's Maul Hurensohn, steige auf's Motorrad, und sie schlugen mich weiterhin“, erzählte Daniel.

Mit dem Motorrad brachten sie ihn in ein gepanzertes Fahrzeug, wo sie sich beim Prügeln abwechselten: „Jeder kam an die Reihe, pump pum“ berichtete Daniel. In dem Fahrzeug setzten sie die Misshandlungen fort. „Der Fahrer des gepanzerten Fahrzeugs versetzte mir mit einer Art Lederpeitsche Hiebe an der linken Schulter, ungefähr sechs Mal. Der Beifahrer drehte mich um und stieß mir seine Flinte in die Stirn.“ Daniel erzählte weiter: “Danach stellte ein Beamter sein Handy auf Video, gab es einem Freund und legte sich über mich und machte obszöne sexuelle Bewegungen, sie streiften meine Beine mit den Gewehren, als ob sie mich streichelten und sagten ‚ay, er rasiert sich die Beine, sie werden dich vergewaltigen im Marite³² und sie werden dich auch töten.’ “

Von dort wurde Daniel Quintero zu den Einrichtungen des Regionalkommandos 3 der Nationalgarde in Maracaibo gebracht, wo der Chefkommandant der Niederlassung „mir sagte, dass er mich verbrennen würde. An seiner rechten Seite hatte er einen Benzinkanister, Draht und Streichhölzer. ... Und er sagte mir, dass sie mich verbrennen würden und keiner nach mir fragen würde. ... Er ließ mich vom gesamten Kommando, etwa 150 Soldaten, umringen und

gab mir neun Knüppelhiebe (*con su rolo*³³) auf die Stirn während er zu mir sprach, und ich weiter in Handschellen“.

Danach wurde Daniel zur Niederlassung der Gruppe gegen Erpressung und Entführung der Nationalgarde (*Grupo Antiextorsión y Secuestro - GAES*) in Maracaibo gebracht. Dort wurde er nach den Namen der Anführer der Proteste ausgefragt, nach den Namen und Telefonnummern von Mitgliedern einer NGO, der er angehört, und die sich *Venezuela sin Balas* (Venezuela ohne Geschosse) nennt.³⁴

Daniel berichtete: „Sie steckten mich in den Kerker, wo sie mich zwangen, mich bis auf die Unterwäsche auszuziehen. Im Kerker fesselten sie meine linke Hand auf Fußhöhe an eine Eisenstange an der Wand. Sie gaben mir zwei Regeln: Dass ich nicht schlafen dürfe, denn die Wache schläft nicht und ich sollte mich wie sie fühlen und dass ich die Füße geschlossen halten solle, die rechte Hand an den Knöcheln und der Nabel klebte praktisch am Oberschenkel. In dieser gebückten Position musste ich die ganze Nacht bleiben, andernfalls gab es Stockhiebe. Also, jedes Mal wenn ich die Knie halb beugte sagte man mir, halte dich gut und schubste mich zu Boden, pa!! So ging es ungefähr neun Stunden. In den Morgenstunden beendeten sie etwas die physische Aggression, die verbale hörte nicht auf. So ging es die ganze Nacht, ‚Verfluchter, man wird dich vergewaltigen, Hurensohn, schau hier nicht her‘. Beleidigungen, pure Beleidigungen.“

MARVINIA JIMÉNEZ

“Ich glaube nicht, dass die einfache Tat der Aufzeichnung einer Demonstration die Konsequenz einer Tracht Prügel haben könnte.“

Marvinia Jiménez (36) berichtete AI, wie sie von einem Beamten der Nationalgarde in Valencia im Bundesstaat Carabobo geschlagen wurde. Die empfangenen Misshandlungen wurden im ganzen Land in verschiedenen Videoaufnahmen gesehen, die von Personen in der Umgebung aufgenommen worden waren. Am 24. Februar fotografierte Marvinia mit ihrem Handy gepanzerte Fahrzeuge der Nationalgarde, die im Begriff waren, eine Demonstration in der Nähe ihres Hauses aufzulösen. Marvinia Jiménez wurde von verschiedenen Gardisten umringt, eine Gardistin warf sich auf sie, prügelte sie mit ihrem Helm und zog sie an den Haaren.

Sie berichtete, dass sie einige Tage danach noch Schmerzen verspürte. Auch gab man ihr während der Zeit ihrer Haft keine Gründe für die Festnahme an, auch konnte sie während einiger Tage weder ihre Familie noch einen Anwalt kontaktieren. Erst bei ihrem Haftrichtertermin konnte sie ihre Familie sehen, „dort konnte ich mit meinem Bruder sprechen, der mir sagte, dass er mich alle diese Tage gesucht hätte. In dem Moment wurde mir klar, dass ich nicht allein war, dass meine Familie während dieser Tage versucht hatte mich zu finden. In dem Moment konnte ich aufatmen ... Das Schlimmste während der Anhörung für mich war, meinen 7-jährigen Jungen zu sehen, dass er mich so sieht und ihm zu erklären, dass ich festgenommen und geschlagen worden sei“.

Die Generalstaatsanwältin berichtete Amnesty International, dass man die Festnahme der Beamtin der Nationalgarde, die Marvinia Jiménez misshandelt hatte, angeordnet hätte.

JOSÉ ALEJANDRO MÁRQUEZ

Verwandte von José Alejandro Márquez, 45-jähriger Systemingenieur, verheiratet mit zwei Töchtern, informierten Amnesty International, dass er am 23. Februar starb nach Schlägen, die ihm Beamte der Nationalgarde beigebracht hatten, als er festgenommen wurde um ihm das Handy wegzunehmen, mit dem er Beamte filmte, die gerade eine Barrikade entfernten.

José Alejandro Márquez verließ sein Haus in Caracas am Nachmittag des 19. Februars. Einige Stunden später informierten Nachbarn seine Familie, dass er von der Nationalgarde festgenommen worden sei. Nachdem man ihn in verschiedenen Haftzentren gesucht hatte, fanden sie ihn einem Hospital in Caracas, halbnackt, an den Armen und Beinen an ein Bett gefesselt: „Dort fanden wir ihn, auf eine Trage des Hospitals geworfen [...] Sie hatten ihn mit seinem eigenen Hemd festgebunden,“ wurde AI von seiner Frau berichtet.

In der gleichen Nacht als er ins Krankenhaus eingewiesen wurde, realisierten seine Angehörigen, dass es ein Video im Internet gab, wo man die Nationalgardisten beim Entfernen einer Barrikade von Müllbeuteln sieht. Man sieht dort auch, dass sie verschiedene Personen verfolgen, darunter einen Mann, der mit seinem Handy den Tatbestand dokumentierte. Man sieht, wie er beim Versuch wegzulaufen nach vorn fällt. Die Familienangehörigen identifizierten diesen Mann als José Alejandro Márquez.

Die Angehörigen sind der Meinung, dass der im Video gezeigte Sturz nicht ausreicht, um die Verwundungen und den späteren Tod von José Alejandro Márquez zu erklären. Seine Schwester berichtete: „Im Video sieht man wie mein Bruder nach vorne fällt [...] und mein Bruder hat eine Fraktur hier, auf der Rückseite, auf der entgegen gesetzten Seite“. Außerdem berichtete seine Schwester, dass das Krankenhauspersonal ihr gesagt hätte, „als die Gardisten ihn brachten, schlugen sie ihn in der Radiologie weiterhin. Und ich habe es allen Medien gesagt, damit man von der Brutalität des Geschehens erfährt“. Die Zeugen berichteten der Familie, dass sie Angst hätten, die Taten formal anzuzeigen.

Einen Tag nach dem Tod von José Alejandro Márquez, am 24. Februar, sprach der Präsident der Nationalversammlung Diosdado Cabello über den Fall während seiner Fernsehendung. „Er besaß die Frechheit“ sagte die Mutter von José Alejandro, „seinen Namen zu nennen, seinen Namen zu beschmutzen und zu sagen, er sei ein Paramilitär, und dass er vorgehabt hätte Maduro umzubringen, und dass seine eigenen Freunde ihn getötet hätten, weil er dieses nicht geschafft hätte [...] Der Alptraum hörte noch nicht auf und er brachte es fertig, ihm die Schuld zu geben. [...] Selbst bei seiner Beerdigung mussten wir das dementieren [gegenüber den Medien].“

Die Angehörigen berichteten, dass es Fotos von José Alejandro Márquez gäbe, in Uniform und bewaffnet, aber dass diese Fotos während seiner Übungen von „*airsoft*“ aufgenommen seien, ein von ihm ausgeübter Sport und bei dem die Teilnehmer spielend mit Waffenkopien und Plastikkugeln schießen.

Aufgrund einer Ermittlung der Staatsanwaltschaft wurden sieben Angehörige der Nationalgarde festgenommen.³⁵

JUAN MANUEL CARRASCO

“Sie zwangen uns in die Fötalposition auf die Knie und sie schlugen uns, schlugen uns, schlugen uns. Ein Gardist kam und sagte, selbst wenn wir zum verdammten Gott beten würden, würde dieser uns nicht retten, dass dieses unser letzter Tag sei. Sie zogen mir meine Unterhose runter und steckten mir etwas hinten rein. Und sie schlugen weiter, schlugen bis zur Ermüdung.“

“Sie sagten uns, dass wir verdammt seien, dass wir sterben würden, dass wir nie Gott erfahren würden, dass wir nie mehr unsere Familien sehen würden, dass wir niemals wissen würden, was Leben sei.“

Juan Manuel Carrasco (21) wurde in der Nacht des 13. Februar 2014 von der Nationalgarde in Valencia im Bundesstaat Carabobo festgenommen. Er wurde sexuell angegriffen, mit dem Tode bedroht und während seiner Haft wiederholt geschlagen.

Juan Manuel Carrasco erzählte AI wie Nationalgardisten Tränengasbomben direkt in das Fahrzeug warfen, in dem er und weitere Personen sich befanden, indem sie die Fensterscheiben einbrachen. Sie wurden aufgefordert das Fahrzeug zu verlassen. Juan Manuel berichtet, dass er glaubt, dass er die Misshandlungen erhielt, weil er sich gegen einen Beamten gestellt hatte in Verteidigung einer Frau, auf die der Beamte mit einer Pistole gezielt hatte.

Juan Manuel Carrasco berichtet, dass er seit diesem Augenblick und während der drei Tage seines Aufenthalts in der Niederlassung der städtischen Sicherheitsdienste der Nationalgarde in Valencia geschlagen und misshandelt wurde. Er wurde mit einem Objekt sexuell misshandelt, erhielt Faustschläge, Fußtritte und Schläge mit Waffen und Helmen, er wurde durch Hunde erschreckt und mit dem Tode bedroht. Juan Manuel berichtete, dass sogar einige Gardisten versuchten einzuschreiten, als sie sahen, wie er geschlagen wurde, „einer der Gardisten sagte ‚den Jungen mit dem gelben Hemd (das war ich) schlägt nicht noch mehr, ihr werdet ihn kaputt machen‘. Und sie versetzten mir hier hinten einen Fußtritt, so dass ich Blut spucken musste. Sie fuhren fort, uns zu schlagen“.

Während seiner Haft erhielt er den Besuch von Angestellten der Staatsanwaltschaft, denen er aus Angst vor Repressalien nichts erzählte, da der Besuch in Gegenwart von Mitgliedern der Nationalgarde stattfand.

AI wurde von der Generalstaatsanwältin bestätigt, dass die Staatsanwaltschaft eine Untersuchung der Klage wegen Misshandlungen und Folter sowie der sexuellen Gewalt unternimmt.

LUIS ALBERTO GUTIÉRREZ PRIETO

Der Student Luis Alberto Gutiérrez Prieto (26) verließ sein Haus am 19. Februar, um mit seinem Bruder und Freunden an einer Demonstration in San Antonio de los Altos im Bundesstaat Miranda teilzunehmen.

Luis Alberto erzählte, wie die Demonstranten eine Straße blockierten und sich der

Nationalgarde entgegenstellten. Das Aufeinandertreffen beinhaltete laut Journalistenberichten Steine und Schüsse. Luis Alberto berichtete AI, dass er sah, wie die Beamten andere Demonstranten schlugen und beschimpften, als er unerwartet einen Fußtritt ins Gesicht erhielt und für Stunden auf die Knie gezwungen wurde.

Er und andere Festgenommene wurden an den Händen mit ihren eigenen Schuhbändern gefesselt, auf einen Lastwagen gebracht, wo ein anderer Gardist eine Tränengasbombe zeigte und ihnen sagte „seht ihr diese Bombe? Das werdet ihr erleiden, wenn wir euch in den nassen Kerker stecken und sehen, wie man sich fühlt, wenn man darin ersäuft“.

Der Fußtritt ins Gesicht von Luis Alberto verursachte drei Gesichtsbrüche: im vorderen linken Teil, Nasenzwischenwand und Augenhöhle des rechten Auges. Luis Alberto Gutiérrez erzählte AI: „einer der Gardisten machte sich über mich lustig und fragte, was mir denn passiert sei, wobei er Bescheid wusste, ich begrenzte meine Antwort darauf, dass ich einen Tritt erhalten hatte. In gleichzeitig spaßvoll und bedrohlichem Ton sagten sie mir: ‚Das war kein Fußtritt, dass warst mit Sicherheit du selber, der sich mit einem Stock schlug oder du fielst hin und schlugst auf der Straße auf ... oder einer deiner kleinen Freunde gab dir eins mit einer Flasche ... das passiert dir, wenn du Meckern gehst“.

Luis Alberto Gutiérrez wurde am folgenden Tag nachmittags in ein Krankenhaus gebracht, wo er später einer Gesichtsoperation unterzogen wurde.

INTI RODRÍGUEZ

Der Menschenrechtsverteidiger der Organisation PROVEA Intí Rodríguez gab an, während der Proteste am 12. Februar in Caracas mehr als zwei Stunden lang festgehalten und von Angehörigen des Geheimdienstes (*Servicio Bolivariano de Inteligencia Nacional - SEBIN*) und bewaffneten organisierten Gruppen von Regierungsanhängern mit dem Tod bedroht worden zu sein. Er bestätigte, dass alles was er bei sich hatte sowie seine Dokumente ihm genommen wurden. Man bedrohte auch seine Familie: „wir wissen, wer du bist und wo deine Familie lebt, wenn du dummes Zeug redest, werden wir sie zerstören“. Angesichts dieser Situation sah sich Intí gezwungen, sein Haus aus Sicherheitsgründen zu verlassen.³⁶

ÜBERFÄLLE AUF JOURNALISTEN UND KOMMUNIKATIONSMEDIEN

AI hat zahlreiche Anzeigen von Dutzenden von Journalisten erhalten, die Drohungen, Belästigungen, Aggressionen und willkürlichen Verhaftungen ausgesetzt worden waren. Die Personen, die ihre Anzeigen vorgelegt hatten, wollten ihre Anklagen nicht öffentlich machen. In der Mehrzahl der Fälle geschahen die Taten, während die Journalisten über die Protestaktionen berichteten. Die Anzeigen betreffen sowohl regierungskritische Journalisten und Medien wie auch staatliche.

Laut der venezolanische Menschenrechtsorganisation *Espacio Público*, die sich für die Einhaltung der freien Meinungsäußerung einsetzt, wurden während der Tage der Auseinandersetzungen zwischen dem 12. Februar und 12. März 2014 folgende Fälle registriert: 87 Übertretungen des Rechts auf Freie Meinungsäußerung von insgesamt 127 Personen, darunter Radiosprecher, Journalisten, Reporter und Fotografen sowie auch andere

Nicht-Professionelle, die sich über die Proteste und Aktionen der Ordnungskräfte informieren wollten. Die empfangenen Anzeigen beinhalteten 22 Festnahmen, 30 Aggressionen, 18 Diebstähle, einen Schussverletzten und eine gestorbene Person. Diese Bilanz stellt einen Anstieg von 480% gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres dar.³⁷

Unter den vermuteten Tätern befinden sich Mitglieder der Sicherheitskräfte, die Protestierende geschlagen, eingeschüchtert und für mehrere Stunden festgenommen hatten und fotografisches Material und Mobiltelefone konfiszierten sowie auch berufsbedingte Geräte der Journalisten, die die Proteste und die Handlungen der Ordnungskräfte dokumentiert hatten.

AI erhielt sowohl Informationen über Misshandlungen von Journalisten durch Demonstranten und Personen die Barrikaden aufbauten als auch durch regierungstreue bewaffnete Gruppen.

Besorgniserregend waren auch die Verhinderungen der Übertragungen durch den kolumbianischen TV Kanal NTN24, der, während er über die Proteste berichtete, am 12. Februar von der Sendeliste der Kabelfernseh-Sender gestrichen wurde. Bis heute sendet dieser Sender nicht mehr in Venezuela. Präsident Nicolás Maduro betonte am 14. Februar die Entscheidung, das Senden von NTN24 zu unterbinden, sei eine "Entscheidung des Staates".³⁸

Am gleichen Tag hörten zahlreiche Radio- und TV-Sender auf über die Proteste zu berichten, nachdem die Nationale Kommission für Telekommunikation von Venezuela (*Comisión Nacional de Telecomunicaciones – CONATEL*) die Berichterstattung einiger Medien kritisiert hatte, unter der Begründung, dass viele der gesendeten Berichte das Gesetz für Soziale Verantwortung in Radio, TV und elektronischen Medien verletzen könnten. Das Gesetz bestimmt, dass die Kommunikationsmedien keine Bilder zeigen dürfen, die Gewalt fördern oder die öffentliche Ordnung stören können. In einer Erklärung des „Direktorats für Soziale Verantwortlichkeit in Radio und TV“ in der lokalen Presse heißt es, dass „mit Sorge beobachtet werde, dass die Berichterstattung in den Medien bedauerliche Gewaltakte betreffen, die an einigen spezifischen Orten des Landes durch private, nationale und regionale Dienstleistende von Radio, TV und andere elektronische Medien generiert werden. Diese könnten die im Art. 27 des Gesetzes für Soziale Verantwortung in Radio, TV und elektronischen Medien stipulierte Vorgabe verletzen, das die Verbreitung von Inhalten verbietet, die Hass, Gewalt und das Aufrufen zur Störung der Öffentlichen Ordnung verteidigen“.³⁹

FESTNAHME VON OPPOSITIONSFÜHRERN

Leopoldo López, einer der prominentesten Führer der Opposition und Chef der Partei *Voluntad Popular*, ist seit dem 18. Februar verhaftet. Gegen zwei weitere Personen der Oppositionspartei, den politischen Koordinator Carlos Vecchio und den nationalen Leiter auf Landesebene Antonio Rivero, liegen Haftbefehle vor.

Mehrere Tage vor Verhaftung von Leopoldo López am 18. Februar, hatten die Behörden bereits dessen Festnahme beschlossen, wegen seiner angeblichen Verantwortung für die Studentenproteste während des 12. Februar und der vorherigen Wochen. Nach vorliegenden Informationen enthielt der Haftbefehl bereits mehrere vorläufige Beschuldigungen, wie z.B. Terrorismus, Mord und das Beibringen schwerer Verletzungen⁴⁰.

Am 18. Februar lieferte sich Leopoldo López an die Nationalgarde aus, während einer von seiner Partei einberufenen Demonstration gegen die Regierung an einem Platz im Osten von Caracas. Am 19. Februar war sein Haftrichtertermin, wo man beschloss, dass keine Beweise für die schlimmsten der dem Haftbefehl zugrundeliegenden Anklagen vorlagen. Wohl aber wurde er der Brandstiftung, Anstiftung zum Begehen von Verbrechen und der Beihilfe zu Verbrechen angeklagt. Die Strafbemessung für diese Anklagepunkte umfasst eine Maximalstrafe von bis zu 10 Jahren Gefängnis. Die Richterin verfügte seine Einweisung in ein Gefängnis, um dort das Ergebnis der weiteren Untersuchungen der Staatsanwaltschaft abzuwarten. López befindet sich im Gefängnis *Ramo Verde en Los Teques*, außerhalb von Caracas.

AI hatte bisher keinen Zugang zu den Informationen, auf die sich die Richterin bezog, als sie beschloss, dass genügend Beweise für seine Verhaftung und für die Weiterführung des juristischen Vorgehens gegen ihn vorlägen. Auch nicht, warum ihm keine Freilassung gegen Kautionsgewährung gewährt wurde. AI gibt zu bedenken, dass der Haftbefehl gegen Leopoldo López einen Tag nachdem der Präsident der Nationalversammlung Diosdado Cabello und der Außenminister Elías Jaua Milano ihn beschuldigt hatten, für die während der Anti-Regierungsdemonstrationen erfolgte Gewalt verantwortlich zu sein, sein Recht auf die Unschuldsvermutung verletzen und daher auch auf einen fairen Prozess. Die Worte des Präsidenten Nicolás Maduro, der einen Tag nach der Festnahme forderte, ihn ins Gefängnis zu stecken, tragen auch nicht zur Schaffung eines Klimas des Vertrauens in ein unabhängiges und unparteiisches Justizsystem bei.

4. SCHLUSSFOLGERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN

Seit Beginn der Proteste haben mindestens 37 Personen ihr Leben verloren und mehr als 550 wurden verletzt, mindestens 120 durch Feuerwaffen. Unter den Opfern befinden sich sowohl Demonstranten, die auf die Straßen gingen, um ihre Unzufriedenheit mit der Regierungsführung zu zeigen, wie auch Bürger, die die Regierung unterstützen und Personen außerhalb der Proteste sowie Angehörige der Ordnungskräfte. Gegen mehr als 2.000 Personen wird juristisch vorgegangen wegen ihrer angeblichen Teilnahme an Gewalttaten während der Proteste. Die Anklagen könnten in jahrelangen Gefängnisstrafen resultieren. Das ist der jüngste Saldo der wachsenden Polarisierung, die die venezolanische Gesellschaft während der letzten Dekade zerreißt.

Leider sind keine Anzeichen einer Beendigung der Eskalation der Gewalt zu erkennen. Das Land droht in einer Gewaltspirale zu versinken, wenn nicht alle politischen Kräfte, Regierung und Opposition, sich verpflichten die Menschenrechte und den Rechtsstaat zu respektieren.

Amnesty International fordert alle politischen Führer des Landes, einschließlich derjenigen der Opposition, auf, ihren Sympathisanten ein eindeutiges und umfassendes Zeichen zu geben, von Menschenrechtsverletzungen abzusehen.

Auch muss die Regierung den Respekt für die Menschenrechte an die erste Stelle ihrer politischen Ziele setzen sowie die Stärkung der Institutionen, die den Rechtsstaat aufrechterhalten.

In diesem Sinn und bezüglich aller Anzeigen über etwaige Menschenrechtsverletzungen zur

Zeit der Proteste, fordert Amnesty International von den Behörden:

- Eine umfassende, unparteiische und unabhängige Untersuchung aller empfangenen Anzeigen über Menschenrechtsverletzungen und Misshandlungen, die im Zusammenhang mit den Ausschreitungen stehen, durchzuführen. Alle Verantwortlichkeiten müssen aufgeklärt werden und die Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden.
- Den Zugang zu einem Anwalt für alle Festgenommenen zu garantieren, wie auch zu ihren Familienangehörigen und, falls nötig, zu unabhängigen, unparteiischen ärztlichen Diensten.
- Eine Garantie für alle Festgenommenen zu geben, dass sie in Verfahren behandelt werden, die alle internationalen Garantien für gerechte Prozesse beinhalten, wie zum Beispiel das Recht auf Infragestellung der Legalität der Verhaftung und das Recht auf eine adäquate Verteidigung, das das Recht auf Zugang zu einem Anwalt während aller Etappen der gerichtlichen Vorgänge beinhaltet. Das Recht auf Verfügung zeitlicher und materieller Mittel zur Vorbereitung der Verteidigung und das Recht zur Befragung gegnerischer Zeugen.
- Zu garantieren, dass die Personen ihre Rechte auf Meinungs- und Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit wahrnehmen können ohne befürchten zu müssen, Opfer von Tötungen, Attacken, Misshandlungen und willkürlichen Festnahmen zu werden.
- Den Schutz von Menschenrechtsverteidigern, Journalisten und Kommunikationsmedien zu garantieren sowie den Schutz der vollen Ausübung ihrer Arbeit.

Gleichermaßen und mit dem Ziel Maßnahmen zu treffen, damit die tragischen Ereignisse der letzten Monate weder vergessen noch sich wiederholen werden, und, um sicherzustellen, dass sich ein konstruktiver Dialog des guten Glaubens entwickelt, der dem Respekt für die Menschenrechte Priorität gibt, hält AI es für wesentlich, einen **Nationalen Plan für Menschenrechte** in die Praxis umzusetzen. Dieser Plan muss vorsehen, welche Vorschläge der Staat für eine Garantie aller bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen und kulturellen Rechte gibt, wobei er die Zuständigkeiten der verschiedenen Akteure festlegt, mit Zeitplan, Budgetvorschlag und wesentlichen Indikatoren.

Der Nationale Plan für Menschenrechte muss das Resultat eines nationalen Dialogs sein, der die Aussagen und Meinungen aller betroffenen Teile beinhaltet, einschließlich Abwechslern und Oppositionellen und Vertretern der Zivilgesellschaft. Es ist wesentlich, dass der Plan folgende Teile beinhaltet.

- Die Stärkung des Rechtssystems, um zu garantieren, dass es unabhängig und unparteiisch vorgeht und dass das Recht aller Verhafteten auf einen fairen Prozess geschützt wird, einschließlich des Rechts, die Legalität der Verhaftung in Zweifel zu ziehen und des Rechts auf adäquate Verteidigung.
- Die sofortige Rücknahme des Rückzugs aus der Amerikanischen Menschenrechtskonvention, um so zur Rechtssprechung des interamerikanischen

Gerichts für Menschenrechte zurückzukehren und unterdessen die bereits existierenden Urteile zu befolgen.

- Eine offene Einladung für die Besuche der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen und des Interamerikanischen Systems für Menschenrechte auszusprechen. Die Unterzeichnung und/oder Ratifizierung einer Serie von anhängigen Verträgen, die den Schutz und die Verteidigung der Menschenrechte garantieren, insbesondere die Ratifizierung des Fakultativprotokolls des Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, welches periodische Besuche der Haftzentren durch unabhängige internationale und nationale Organisationen vorsieht, mit dem Ziel, Folter und anderen unmenschlichen oder entwürdigenden und grausamen Behandlungen oder Strafen vorzugreifen.
- Die Umsetzung des Sondergesetzes gegen die Folter (*Ley Especial para Prevenir y Sancionar la Tortura y otros Tratos Crueles, Inhumanos y Degradantes*, vom 21.6.2005), das zum Ziel hat, den Schutz auf Leben und körperliche Unversehrtheit der Verhafteten zu garantieren. Dadurch bittet man die Ombudsfrau für Menschenrechte, die der Nationalen Kommission zur Prävention der Folter und anderer grausamer, unmenschlicher und entwürdigender Behandlung vorsteht, ihre Bemühungen zur Prävention und Sanktion dieser Delikte zu erhöhen und die Wiedergutmachung der Opfer zu garantieren, einschließlich aller Personen, die angezeigt hatten, Misshandlungen und Folter im Zusammenhang mit den Protesten im Februar und März erlitten zu haben.
- Die Ausbildung von allen Beamten und Beamtinnen der Polizei bezüglich der Anwendung von Gewalt, einschließlich während der Kontrolle von Demonstrationen. Die Angleichung der Pläne für die Einsätze und Kontrolle der öffentlichen Ordnung an die Grundprinzipien der Vereinten Nationen für die Anwendung von Gewalt und den Gebrauch von Schusswaffen sowie an den UN-Verhaltenskodex für Beamte bei der Umsetzung der Gesetze, insbesondere hinsichtlich der Prinzipien für Notwendigkeit, Proportionalität und des Respekts für die Menschenrechte.
- Die Fortsetzung der bisher unternommenen Anstrengungen, um die Kontrolle der Waffen im Land zu garantieren, vor allem der Waffen im Besitz der Pro-Regierungs-Gruppen. Die Pläne zur Markierung und Kontrolle der Munitionen müssen umgesetzt werden, sowie die Kontrolle chemischer Waffen und die Entwaffnung von Gruppen am Rande des Gesetzes.

Amnesty International bittet die internationale Gesellschaft, insbesondere die Nachbarländer, die Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) und die Union der Südamerikanischen Staaten (UNASUR), Lösungen zur Anerkennung der Menschenrechte und den Dialog zu fördern.

ANMERKUNGEN

¹ Siehe Bericht der Staatsanwaltschaft, Resultate der gewaltsamen Demonstrationen Februar – März 1914, 27 März 2014, verfügbar unter <http://ministeriopublico.gob.ve>

² Venezuela hat eine Tötungsrate von zwischen 79 und 39 Morden im Jahr auf je 100.000 Einwohner. Die NGO *Observatorio Venezolano de Violencia* schätzt, dass diese Rate 79 je 100.000 Einwohner sei, siehe *Informe del Observatorio Venezolano de Violencia - Diciembre 2013*, unter <http://observatoriodeviolencia.org.ve/ws/informe-del-ovv-diciembre-2013-2/>. Der Minister des Inneren, für Justiz und Frieden veröffentlichte im Dezember 2013 dass diese Rate 39 Morde pro 100.000 Einwohner sei, siehe Artikel in *El Correo del Orinoco*, "Venezuela cerrará el año 2013 con una tasa de 39 homicidios por cada 100.000 habitantes", 28 Dezember 2013, verfügbar unter: <http://www.correodelorinoco.gob.ve/nacionales/venezuela-cerrara-ano-2013-una-tasa-homicidios-39-por-cada-100-mil-habitantes/>

³ Einige Pressemedien Venezuelas nennen sie "colectivos armados". Während der letzten Dekade haben diese Pro-Regierungs-Gruppen die zerstörende Situation der politischen Gewalt im Land vertieft. Zitat der International Crisis Group: "A pesar de diferencias fundamentales con respecto a sus orígenes, enfoques, estructuras y fuerza, todos se han beneficiado de una actitud del Gobierno que es, como mínimo, ambigua. Si bien el Gobierno mantiene cierta distancia con ellos, con esta actitud, reconoce su utilidad política. No se ha hecho ningún esfuerzo real para combatir o desarmar estos grupos, los cuales han obrado como promotores de la "Revolución bolivariana", y han fomentado la violencia en el país de manera directa e indirecta". International Crisis Group Boletín sobre América Latina N°38: *Violencia y Política en Venezuela*, 17 de agosto del 2011. (Trotz fundamentaler Unterschiede hinsichtlich ihrer Ursprünge, Ziele, Strukturen und Kraft, haben alle von einer Haltung der Regierung profitiert, die mindestens zweideutig ist. Wenn auch die Regierung eine gewisse Distanz zu ihnen hält, erkennt sie mit dieser Haltung ihren politischen Nutzen an. Es wurde keine Anstrengung unternommen, diese Gruppen zu bekämpfen oder zu entwaffnen, sie haben sich als Förderer die Bolivarianischen Revolution betätigt und die Gewalt im Land indirekt und direkt gefördert).

⁴ Aktuell sind Studenten und andere in Táchira festgenommene Personen unter Bedingungen freigelassen worden, einer unter ihnen nach 33 Tagen im Gefängnis.

⁵ Nach Daten der Zentralbank von Venezuela erreichte der Inflationsindex im Jahr 2013 56 Prozent.

⁶ Siehe den Fall von Juan Montoya, Koordinator des *Secretariado Revolucionario* de Venezuela, die "Volkskollektive" in Groß Caracs und Vargas vereint und Basil Dacosta, der sich in einer oppositionellen Demonstration gegen die Regierung von Präsident Nicolás Maduro befand.

⁷ Siehe Amnesty International UA 51/14, AMR 53/007/2014, vom 7. März 2014, verfügbar unter <http://www.amnesty.org/es/library/info/AMR53/007/2014/es>

⁸ Siehe Amnesty International Weitere Informationen zu UA 51/14, AMR 52/008/2014, 11. März 2014, verfügbar unter <http://www.amnesty.org/es/library/info/AMR53/008/2014/es>

⁹ Siehe Kommunikation der Staatsanwaltschaft (*Ministerio Público*): "FGR: *Ministerio Público no tolerará violaciones de los DDHH bajo ninguna circunstancia*", (die Staatsanwaltschaft wird unter keinen Umständen Menschenrechtsverletzungen tolerieren), 28. Februar 2014, verfügbar unter: [http://www.mp.gob.ve/web/guest/boletines-de-prensa?p_p_id=101_INSTANCE_L0k9&p_p_lifecycle=0&p_p_state=maximized&p_p_mode=view&p_p_col_id=column-](http://www.mp.gob.ve/web/guest/boletines-de-prensa?p_p_id=101_INSTANCE_L0k9&p_p_lifecycle=0&p_p_state=maximized&p_p_mode=view&p_p_col_id=column-4&p_p_col_pos=1&p_p_col_count=2&_101_INSTANCE_L0k9_struts_action=%2Fasset_publisher%2Fview_content&_101_INSTANCE_L0k9_urlTitle=fgr%3A-ministerio-publico-no-tolerara-violaciones-de-los-ddhh-bajo-ninguna-circunstancia&_101_INSTANCE_L0k9_type=content&redirect=%2Fweb%2Fguest%2Fboletines-de-prensa%3Fp_p_id%3D101_INSTANCE_L0k9%26p_p_lifecycle%3D0%26p_p_state%3Dmaximized%26p_p_mode%3Dview%26p_p_col_id%3Dcolumn-4%26p_p_col_pos%3D1%26p_p_col_count%3D2%26_101_INSTANCE_L0k9_delta%3D3%26_101_INSTANCE_L0k9_keywords%3D%26_101_INSTANCE_L0k9_advancedSearch%3Dfalse%26_101_INSTANCE_L0k9_andOperator%3Dtrue%26cur%3D2)

[mn-4&p_p_col_pos=1&p_p_col_count=2&_101_INSTANCE_L0k9_struts_action=%2Fasset_publisher%2Fview_content&_101_INSTANCE_L0k9_urlTitle=fgr%3A-ministerio-publico-no-tolerara-violaciones-de-los-ddhh-bajo-ninguna-circunstancia&_101_INSTANCE_L0k9_type=content&redirect=%2Fweb%2Fguest%2Fboletines-de-prensa%3Fp_p_id%3D101_INSTANCE_L0k9%26p_p_lifecycle%3D0%26p_p_state%3Dmaximized%26p_p_mode%3Dview%26p_p_col_id%3Dcolumn-4%26p_p_col_pos%3D1%26p_p_col_count%3D2%26_101_INSTANCE_L0k9_delta%3D3%26_101_INSTANCE_L0k9_keywords%3D%26_101_INSTANCE_L0k9_advancedSearch%3Dfalse%26_101_INSTANCE_L0k9_andOperator%3Dtrue%26cur%3D2](http://www.mp.gob.ve/web/guest/boletines-de-prensa?p_p_id=101_INSTANCE_L0k9&p_p_lifecycle=0&p_p_state=maximized&p_p_mode=view&p_p_col_id=column-4&p_p_col_pos=1&p_p_col_count=2&_101_INSTANCE_L0k9_struts_action=%2Fasset_publisher%2Fview_content&_101_INSTANCE_L0k9_urlTitle=fgr%3A-ministerio-publico-no-tolerara-violaciones-de-los-ddhh-bajo-ninguna-circunstancia&_101_INSTANCE_L0k9_type=content&redirect=%2Fweb%2Fguest%2Fboletines-de-prensa%3Fp_p_id%3D101_INSTANCE_L0k9%26p_p_lifecycle%3D0%26p_p_state%3Dmaximized%26p_p_mode%3Dview%26p_p_col_id%3Dcolumn-4%26p_p_col_pos%3D1%26p_p_col_count%3D2%26_101_INSTANCE_L0k9_delta%3D3%26_101_INSTANCE_L0k9_keywords%3D%26_101_INSTANCE_L0k9_advancedSearch%3Dfalse%26_101_INSTANCE_L0k9_andOperator%3Dtrue%26cur%3D2)

¹⁰ Siehe Presseartikel in *El Correo del Orinoco*, "Presidente Maduro llama al pueblo organizado a neutralizar cualquier acción violenta en sus comunidades", (Präsident Maduro ruft das organisierte Volk auf, jedwede Gewaltaktion in ihren Gemeinden zu neutralisieren), 5. März 2014, verfügbar unter:

<http://www.correodelorinoco.gob.ve/nacionales/presidente-maduro-llama-al-pueblo-organizado-a-neutralizar-cualquier-accion-violenta-sus-comunidades/> und Video in Últimas Noticias "Cabello: Las Ubch están alerta", 6. März 2014, verfügbar unter: <http://www.ultimasnoticias.com.ve/noticias/actualidad/politica/video---cabello-las-ubch-estan-alerta.aspx>

¹¹ Siehe Kommuniqué der Staatsanwaltschaft: "Fiscal General anunció creación de equipo de atención inmediata para denuncias de violación de derechos fundamentales", (Staatsanwaltschaft gibt Schaffung eines Teams zur sofortigen Annahme von Klagen über Missbrauch der Grundrechte bekannt), 24. Februar 2014, verfügbar unter:

http://www.mp.gob.ve/web/guest/boletines-de-prensa?p_p_id=101_INSTANCE_LOk9&p_p_lifecycle=0&p_p_state=maximized&p_p_mode=view&p_p_col_id=column-4&p_p_col_pos=1&p_p_col_count=2&101_INSTANCE_LOk9_struts_action=%2Fasset_publisher%2Fview_content&101_INSTANCE_LOk9_urlTitle=fgr-anuncio-creacion-de-equipo-de-atencion-inmediata-para-denuncias-de-violacion-de-derechos&101_INSTANCE_LOk9_type=content&redirect=%2Fweb%2Fguest%2Fboletines-de-prensa%3Fp_p_id%3D101_INSTANCE_LOk9%26p_p_lifecycle%3D0%26p_p_state%3Dmaximized%26p_p_mode%3Dview%26p_p_col_id%3Dcolumn-4%26p_p_col_pos%3D1%26p_p_col_count%3D2%26101_INSTANCE_LOk9_delta%3D3%26101_INSTANCE_LOk9_keywords%3D%26101_INSTANCE_LOk9_advancedSearch%3Dfalse%26101_INSTANCE_LOk9_andOperator%3Dtrue%26cur%3D10

¹² Siehe Kommuniqué der Staatsanwaltschaft: "*Fiscal General: Ministerio Público ha recibido 25 denuncias de presuntas violaciones a los derechos humanos*", (Die Staatsanwaltschaft hat 25 Klagen über angebliche Menschenrechtsverletzungen erhalten), vom 6. März 2014, verfügbar unter: http://www.ministeriopublico.gob.ve/web/guest/curriculum?p_p_id=101_INSTANCE_Ih5H&p_p_lifecycle=0&p_p_state=maximized&p_p_mode=view&p_p_col_id=column-3&p_p_col_pos=1&p_p_col_count=4&101_INSTANCE_Ih5H_struts_action=%2Fasset_publisher%2Fview_content&101_INSTANCE_Ih5H_urlTitle=fiscal-general%3A-ministerio-publico-ha-recibido-25-denuncias-de-presuntas-violaciones-a-los-derechos&101_INSTANCE_Ih5H_type=content&redirect=%2Fweb%2Fguest%2Fcurriculum%3Fp_p_id%3D101_INSTANCE_Ih5H%26p_p_lifecycle%3D1%26p_p_state%3Dmaximized

¹³ Siehe Kommuniqué der Staatsanwaltschaft "*Ministerio Público investiga muerte de funcionaria del Sebin durante persecución con Polichacao*", (Staatsanwaltschaft untersucht Tod der Beamtin von SEBIN während der Verfolgung mit Polichacao) 9. März 2014, verfügbar unter: http://www.mp.gob.ve/web/guest/proteccion-a-los-derechos-fundamentales?p_p_id=101_INSTANCE_fcS9&p_p_lifecycle=0&p_p_state=maximized&p_p_mode=view&p_p_col_id=column-2&p_p_col_count=1&101_INSTANCE_fcS9_struts_action=%2Fasset_publisher%2Fview_content&101_INSTANCE_fcS9_urlTitle=mp-investiga-muerte-de-funcionaria-del-sebin-durante-persecucion-con-polichacao&101_INSTANCE_fcS9_type=content&redirect=%2Fweb%2Fguest%2Fproteccion-a-los-derechos-fundamentales%3Fp_p_id%3D101_INSTANCE_fcS9%26p_p_lifecycle%3D1%26p_p_state%3Dmaximized

¹⁴ Siehe Bericht der Staatsanwaltschaft, „*Resultado de las Manifestaciones Violentas Febrero- Marzo 2014*“ (Resultate der Gewaltdemonstrationen, März 2014), 27. März, verfügbar unter: <http://www.ministeriopublico.gob.ve>

¹⁵ Ebenda

¹⁶ Protestform, bei der die Demonstranten Küchenutensilien oder andere Objekte zur Lärmerzeugung einsetzen.

¹⁷ Prinzipien 9, 10 y 14 der Grundprinzipien für die Anwendung von Gewalt und den Gebrauch von Schusswaffen durch Beamte mit Polizeibefugnissen, verfügbar in Spanisch unter: <http://www2.ohchr.org/spanish/law/fuerza.htm>

¹⁸ Ebenda

¹⁹ Prinzip 5 der Grundprinzipien für die Anwendung von Gewalt und den Gebrauch von Schusswaffen durch Beamte mit Polizeibefugnissen, verfügbar in Spanisch unter: <http://www2.ohchr.org/spanish/law/fuerza.htm>

²⁰ Siehe Ultimas Noticias, "Lanzan gases lacrimógenos a marcha de estudiantes en la UCV", (Man wirft Tränengas auf den Marsch der Studenten in der UCV) 12. März 2014, verfügbar unter:

<http://www.ultimasnoticias.com.ve/noticias/actualidad/politica/fotos---lanzan-gases-lacrimogenos-a-marcha-de-estu.aspx> und El Universal, "Colectaron restos de 840 bombas lacrimógenas en UCV", (man sammelte 840 Tränengasbomben in der UCV) 14. März 2014, verfügbar unter: <http://www.eluniversal.com/nacional-y-politica/140314/colectaron-restos-de-840-bombas-lacrimogenas-en-ucv>

²¹ Siehe Ultimas Noticias: "Bassil Da Costa, el estudiante asesinado tras recibir disparo en protesta opositora", (... der ermordete Student nachdem er einen Schuss während des Oppositionsprotestes erhalten hatte) 13. März 2014, verfügbar unter: <http://www.ultimasnoticias.com.ve/noticias/actualidad/sucesos/fotos---bassil-da-costa-el-estudiante-asesinado-tr.aspx#ixzz2vfnyfQz3>

²² Siehe Kommuniqué der Staatsanwaltschaft, "*Privan de libertad a cinco funcionarios del Sebin por la muerte de dos personas durante hechos de violencia del 12 de febrero*", (fünf Beamte von SEBIN festgenommen wegen des Todes von zwei Personen während der Gewalttaten des Februar). 26. Februar 2014, verfügbar unter:

http://www.mp.gob.ve/web/guest/boletines-de-prensa?p_p_id=101_INSTANCE_LOk9&p_p_lifecycle=0&p_p_state=maximized&p_p_mode=view&p_p_col_id=column-4&p_p_col_pos=1&p_p_col_count=2&101_INSTANCE_LOk9_struts_action=%2Fasset_publisher%2Fview_content&101_INSTANCE_LOk9_urlTitle=privan-de-libertad-a-5-funcionarios-del-sebin-por-muerte-de-dos-personas-el-

[12-de-febrero&_101_INSTANCE_LOK9_type=content&redirect=%2Fweb%2Fguest%2Fboletines-de-prensa%3Fp_p_id%3D101_INSTANCE_LOK9%26p_p_lifecycle%3D0%26p_p_state%3Dmaximized%26p_p_mode%3Dview%26p_p_col_id%3Dcolumn-4%26p_p_col_pos%3D1%26p_p_col_count%3D2%26_101_INSTANCE_LOK9_delta%3D3%26_101_INSTANCE_LOK9_keywords%3D%26_101_INSTANCE_LOK9_advancedSearch%3Dfalse%26_101_INSTANCE_LOK9_andOperator%3Dtrue%26cur%3D4](http://www.mp.gob.ve/web/guest/boletines-de-prensa?p_p_id=101_INSTANCE_LOK9&p_p_lifecycle=0&p_p_state=maximized&p_p_mode=view&p_p_col_id=column-4&p_p_col_pos=1&p_p_col_count=2&_101_INSTANCE_LOK9_struts_action=%2Fasset_publisher%2Fview_content%2F101_INSTANCE_LOK9_urlTitle=privan-de-libertad-a-5-funcionarios-del-sebin-por-muerte-de-dos-personas-el-12-de-febrero&_101_INSTANCE_LOK9_type=content&redirect=%2Fweb%2Fguest%2Fboletines-de-prensa%3Fp_p_id%3D101_INSTANCE_LOK9%26p_p_lifecycle%3D0%26p_p_state%3Dmaximized%26p_p_mode%3Dview%26p_p_col_id%3Dcolumn-4%26p_p_col_pos%3D1%26p_p_col_count%3D2%26_101_INSTANCE_LOK9_delta%3D3%26_101_INSTANCE_LOK9_keywords%3D%26_101_INSTANCE_LOK9_advancedSearch%3Dfalse%26_101_INSTANCE_LOK9_andOperator%3Dtrue%26cur%3D4)

²³ Die „Volkskollektive“ (*colectivos populares*) sind Nachbarschaftsgruppen, die sich um die Durchsetzung und Organisation von öffentlichen Politiken auf lokalem Niveau kümmern. Sie besprechen sich mit den Gemeinderäten, die in der venezolanischen Verfassung vorgesehen sind, siehe *Ley Orgánica de los Consejos Comunales*, verfügbar unter <http://uptparia.eduve/documentos/LOCC.pdf>

²⁴ Siehe Kommuniqué der Staatsanwaltschaft, „*Privan de libertad a cinco funcionarios del Sebin por la muerte de dos personas durante hechos de violencia del 12 de febrero*“, (fünf Beamte von SEBIN festgenommen wegen des Todes von zwei Personen während der Gewalttaten des. Februar). 26. Februar 2014, verfügbar unter:

[http://www.mp.gob.ve/web/guest/boletines-de-prensa?p_p_id=101_INSTANCE_LOK9&p_p_lifecycle=0&p_p_state=maximized&p_p_mode=view&p_p_col_id=column-](http://www.mp.gob.ve/web/guest/boletines-de-prensa?p_p_id=101_INSTANCE_LOK9&p_p_lifecycle=0&p_p_state=maximized&p_p_mode=view&p_p_col_id=column-4&p_p_col_pos=1&p_p_col_count=2&_101_INSTANCE_LOK9_struts_action=%2Fasset_publisher%2Fview_content%2F101_INSTANCE_LOK9_urlTitle=privan-de-libertad-a-5-funcionarios-del-sebin-por-muerte-de-dos-personas-el-12-de-febrero&_101_INSTANCE_LOK9_type=content&redirect=%2Fweb%2Fguest%2Fboletines-de-prensa%3Fp_p_id%3D101_INSTANCE_LOK9%26p_p_lifecycle%3D0%26p_p_state%3Dmaximized%26p_p_mode%3Dview%26p_p_col_id%3Dcolumn-4%26p_p_col_pos%3D1%26p_p_col_count%3D2%26_101_INSTANCE_LOK9_delta%3D3%26_101_INSTANCE_LOK9_keywords%3D%26_101_INSTANCE_LOK9_advancedSearch%3Dfalse%26_101_INSTANCE_LOK9_andOperator%3Dtrue%26cur%3D4)

[4&p_p_col_pos=1&p_p_col_count=2&_101_INSTANCE_LOK9_struts_action=%2Fasset_publisher%2Fview_content%2F101_INSTANCE_LOK9_urlTitle=privan-de-libertad-a-5-funcionarios-del-sebin-por-muerte-de-dos-personas-el-12-de-febrero&_101_INSTANCE_LOK9_type=content&redirect=%2Fweb%2Fguest%2Fboletines-de-prensa%3Fp_p_id%3D101_INSTANCE_LOK9%26p_p_lifecycle%3D0%26p_p_state%3Dmaximized%26p_p_mode%3Dview%26p_p_col_id%3Dcolumn-](http://www.mp.gob.ve/web/guest/boletines-de-prensa?p_p_id=101_INSTANCE_LOK9&p_p_lifecycle=0&p_p_state=maximized&p_p_mode=view&p_p_col_id=column-4&p_p_col_pos=1&p_p_col_count=2&_101_INSTANCE_LOK9_struts_action=%2Fasset_publisher%2Fview_content%2F101_INSTANCE_LOK9_urlTitle=privan-de-libertad-a-5-funcionarios-del-sebin-por-muerte-de-dos-personas-el-12-de-febrero&_101_INSTANCE_LOK9_type=content&redirect=%2Fweb%2Fguest%2Fboletines-de-prensa%3Fp_p_id%3D101_INSTANCE_LOK9%26p_p_lifecycle%3D0%26p_p_state%3Dmaximized%26p_p_mode%3Dview%26p_p_col_id%3Dcolumn-4%26p_p_col_pos%3D1%26p_p_col_count%3D2%26_101_INSTANCE_LOK9_delta%3D3%26_101_INSTANCE_LOK9_keywords%3D%26_101_INSTANCE_LOK9_advancedSearch%3Dfalse%26_101_INSTANCE_LOK9_andOperator%3Dtrue%26cur%3D4)

[4%26p_p_col_pos%3D1%26p_p_col_count%3D2%26_101_INSTANCE_LOK9_delta%3D3%26_101_INSTANCE_LOK9_keywords%3D%26_101_INSTANCE_LOK9_advancedSearch%3Dfalse%26_101_INSTANCE_LOK9_andOperator%3Dtrue%26cur%3D4](http://www.mp.gob.ve/web/guest/boletines-de-prensa?p_p_id=101_INSTANCE_LOK9&p_p_lifecycle=0&p_p_state=maximized&p_p_mode=view&p_p_col_id=column-4&p_p_col_pos=1&p_p_col_count=2&_101_INSTANCE_LOK9_struts_action=%2Fasset_publisher%2Fview_content%2F101_INSTANCE_LOK9_urlTitle=privan-de-libertad-a-5-funcionarios-del-sebin-por-muerte-de-dos-personas-el-12-de-febrero&_101_INSTANCE_LOK9_type=content&redirect=%2Fweb%2Fguest%2Fboletines-de-prensa%3Fp_p_id%3D101_INSTANCE_LOK9%26p_p_lifecycle%3D0%26p_p_state%3Dmaximized%26p_p_mode%3Dview%26p_p_col_id%3Dcolumn-4%26p_p_col_pos%3D1%26p_p_col_count%3D2%26_101_INSTANCE_LOK9_delta%3D3%26_101_INSTANCE_LOK9_keywords%3D%26_101_INSTANCE_LOK9_advancedSearch%3Dfalse%26_101_INSTANCE_LOK9_andOperator%3Dtrue%26cur%3D4)

²⁵ Siehe Beschreibung der Fälle im Teil: Anklagen wegen Folter und Misshandlungen.

²⁶ Artikel 9.2 und 14.3 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte; Artikel 7.4 und 8.2 der Interamerikanischen Menschenrechtskonvention; Prinzip 10 und 11.2 des Grundsatzkatalogs für den Schutz aller irgendeiner Form von Haft oder Strafgefängenschaft unterworfenen Personen.

²⁷ Prinzip 1, 8 und 22 der Grundprinzipien betreffend die Rolle der Rechtsanwälte; Prinzip 8, 17.1, 184 und 18.5 des Grundsatzkatalogs für den Schutz aller irgendeiner Form von Haft oder Strafgefängenschaft unterworfenen Personen und Regel 93 der Mindestgrundsätze für die Behandlung von Gefangenen.

²⁸ Komitee für Menschenrechte, Anmerkung 22, Paragraph 11, Bericht des Sonderberichterstatters über Folter, E/CN.4/1992/17, 17 vom Dezember 1991, Par. 284.

²⁹ Siehe beispielsweise Bericht des Menschenrechtszentrums der Katholischen Universität Andrés Bello „*Resultado de entrevistas a profundidad con detenidos sobre libertad personal, debido proceso y alegaciones de tortura y malos tratos. Segundo informe de avance*“ (Resultat der umfassenden Interviews mit Festgenommenen über persönliche Freiheiten, fairen Prozess und Vorwürfe über Folter und Misshandlungen“. Zweiter Fortsetzungsbericht), vom 12. März 2014, verfügbar unter:

http://w2.ucab.edu.ve/tl_files/CDH/Lineastematicas/Segundo%20informe%20de%20avance.pdf

³⁰ Siehe Artikel in *El Nacional*: „*Diosdado Cabello afirma que 360 bombas molotov fueron incautadas*“, 22.

Februar 2014, (Diosdado Cabello bestätigt, dass 360 Molotowbomben beschlagnahmt wurden), verfügbar unter:

http://www.el-nacional.com/politica/Diosdado-Cabello-afirma-molotov-incautadas_0_360564022.html

³¹ Prinzip 24 des Grundsatzkatalogs für den Schutz aller irgendeiner Form von Haft oder Strafgefängenschaft unterworfenen Personen und Regel 24 der Mindestgrundsätze für die Behandlung von Gefangenen

³² Ein lokales Gefängnis

³³ Stock oder Knüppel

³⁴ Eine Nichtregierungsorganisation von Jugendlichen, die eine Kampagne zur Besserung der Sicherheitsbedingungen und gegen Straflosigkeit machen.

³⁵ Siehe Artikel in *Últimas Noticias*, „*Investigan a siete guardias por muerte de Alejandro Márquez*“, (Man untersucht sieben Gardisten wegen des Todes von Alejandro Márquez) vom 25. Februar 2014, verfügbar unter:

<http://www.ultimasnoticias.com.ve/noticias/actualidad/sucesos/investigan-a-siete-guardias-por-muerte-de-alejandr.aspx>

³⁶ Siehe Dokument von Amnesty International: UA 29/14, AMR 53/002/2014, vom 13. Februar 2014

³⁷ Siehe Bericht der NGO *Espacio Público*, „*Venezuela: 12 de febrero al 12 de marzo de 2014, los trances de la libertad de expresion*“, (Venezuela: 12. Februar bis 12. März 2014, die kritischen Augenblicke der Redefreiheit) vom 14. März 2014, verfügbar unter: <http://www.derechos.org.ve/2014/03/14/espacio-publico-venezuela-12-de-febrero-al-12-de-marzo-de-2014-los-trances-de-la-libertad-de-expresion/>

³⁸ Siehe Artikel in *YVKE Radio Mundial*, „*Maduro: salida del aire de NTN24 fue una decisión del Estado*“, (Maduro: Die Schließung von NTN24 war eine Entscheidung des Staates) vom 14. Februar de 2014, verfügbar

unter: <http://www.radiomundial.com.ve/article/maduro-salida-del-aire-de-ntn24-fue-una-decisi%C3%B3n-del-estado-audio>

³⁹ Siehe Artikel in *El Universal*, "Conatel amenaza a medios electrónicos por cobertura de protestas en el país", (CONATEL bedroht die elektronischen Medien wegen der Berichterstattung über die Proteste im Land) vom 11. Februar 2014, verfügbar unter: <http://www.eluniversal.com/nacional-y-politica/140211/conatel-amenaza-a-medios-electronicos-por-cobertura-de-protestas-en-el>

⁴⁰ Siehe Dokument von Amnesty International UA 33/14, AMR 53/004/2014, 18. Februar 2014, verfügbar unter: <http://www.amnesty.org/es/library/info/AMR53/004/2014/es>